

# Unis fordern neues Studienrecht

ÖH und **Uniko** arbeiten gemeinsam an neuem Grundstipendium.

**Wien.** (rei) Wirklich zufrieden ist Eva Blimlinger nicht. Mit dem neuen ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann gebe es zwar prinzipiell ein gutes Einvernehmen. Und prinzipiell begrüßt die Vorsitzende der **Universitätenkonferenz (Uniko)** die ersten Schritte in Richtung kapazitätsorientierter Hochschulfinanzierung, die mit dem Budgetbeschluss im Sommer gesetzt wurden. Dass aber die ursprünglich zugesicherten 1,35 Milliarden mittels Begleitgesetz gleich um 78 Millionen Euro reduziert wurden – Stichwort Budgetdämpfung – und den Unis aus Sicht der **Uniko** zusätzlich unzumutbare Qualitätssicherungsmaßnahmen aufgebrummt wurden, stößt der **Rektorin** der Akademie der bildenden Künste sauer auf.

Die Mittelvergabe ist nämlich an die Umsetzung der Qualitätssicherungsmaßnahmen gekoppelt. „Offenbar gibt es seitens der Regierung ein Grundmisstrauen gegenüber den **Universitäten**“, so

Blimlinger am Mittwoch anlässlich eines Hintergrundgesprächs. Vorgesehen sei beispielsweise, sämtliche Pflichtlehrveranstaltungen zwingend zu evaluieren – für viele Unis ein viel zu großer bürokratischer Aufwand, der durch die „gedämpfte“ Finanzierung aber nicht gedeckt sei, sagt Blimlinger.

## Klage steht im Raum

Die schon jetzt regelmäßigen Evaluierungen an den Unis seien völlig ausreichend. Für Blimlinger und **Uniko-Generalsekretärin** Elisabeth Fiorioli entstehe der Eindruck, dass die Regierung den Unis so einerseits Autonomie zugestehe, diese aber durch Kopplung der Finanzierung an die Durchführung der Vorschriften im selben Zug wieder zurücknehmen wolle.

Auch bleibt es bei den Unis nicht bei den 78 Millionen Budgetverlust. Durch ASVG-Überweisungen im Falle von ausscheidenden Beamten an den Unis rechnet

Blimlinger zudem mit dem Verlust von weiteren 8 Millionen Euro. Eigentlich ein Fall für den Verfassungsgerichtshof, sagt Blimlinger – immerhin trage diese Kosten beispielsweise bei der Bundesimmobiliengesellschaft das zuständige Ressort, in dem Fall das Finanzministerium. Die Unis aber müssten diese Kosten aus dem eigenen Budget zahlen. Man erwäge also eine Klage einzubringen, nötig sei nur ein Anlassfall und eine klagswillige Universität, so Blimlinger. „Ausgesprochen positiv“ laufe hingegen die jüngste Kooperation zwischen **Uniko** und Hochschulierschaft (**ÖH**); die regelmäßigen Gesprächsrunden sollen im Wintersemester fortgesetzt werden.

## Vollzeit- und Teilzeitstudium

Beide Seiten fordern vom Gesetzgeber ein neues Studienrecht. Dieses sei nach der Bologna-Reform und der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen nicht wirklich angepasst worden,

erklärt Blimlinger: „Wir können uns gut vorstellen, Studierende künftig nach der Studieneingangsphase entscheiden zu lassen, ob sie ihrem Studium Vollzeit oder im Falle einer Berufstätigkeit in Teilzeit nachgehen wollen.“ Für die Unis brächte das eine erhebliche Steigerung der Planungssicherheit. Auch eine Beurlaubung vom Studium soll künftig leichter möglich sein.

Vor allem aber arbeiten ÖH und Uniko gemeinsam an einer Art Grundstipendium für alle Studierenden. „Wie auch die ÖH wollen wir erreichen, dass die Familienbeihilfe künftig automatisch den Studierenden ausbezahlt wird und diese nicht mehr um die Zustimmung der Eltern ansuchen müssen“, sagt Blimlinger. Kritik übe das Uniko-Führungsteam an der „hochschulfeindlichen“ Haltung vor allem der FPÖ. Dass der Bildungsminister nicht über Studiengebühren nachdenken will, hält die Uniko wiederum für positiv. ■

## Kurz notiert

**Ganztagschule.** Die Ausbaupläne für die Plätze an ganztägigen Schulen werden abgeändert. Die dafür reservierten 750 Millionen Euro aus dem Bildungsinvestitionsgesetz werden bis 2032 gestreckt und auch erst später als ursprünglich geplant ausgezahlt. Grund dafür sei, dass die Mittel aus der Bund-Länder-Vereinbarung zum laufenden Ganztagschulausbau noch nicht abgerufen sind, hieß es aus dem Bildungsministerium. Die Änderungen sollen am Mittwoch im Ministerrat beschlossen werden.

**Armut.** Der Dachverband der Schuldnerberatungen (asb) fordert eine Anhebung des Existenzminimums. Laut dem von der Schuldnerberatung entwickelten Referenzbudget für das Jahr 2018 betragen die monatlichen Ausgaben für eine Person 1416 Euro. Die Armutgefährdungsschwelle für Alleinstehende liegt allerdings bei 1238 Euro. Das Existenzminimum liegt bei 909 Euro. Für einen Ein-Eltern-Haushalt mit einem Kind geben die Schuldnerberatungen das Referenzbudget mit 2181 Euro an.

**Deutschkurse.** Nach dem Auslaufen der Kofinanzierung des Bundes für die meisten Sprachkurse will das Land Oberösterreich ab Herbst auf eigene Faust Alphabetisierungs- und Deutschkurse für Asylwerber anbieten. Sie sollen 1500 Menschen in der Grundversorgung, die bisher noch keinen Kurs besucht haben, erreichen, kündigte Integrationslandesrat Rudi Anschober (Grüne) am Mittwoch in einer Pressekonferenz an.

**Lohn.** Während die realen Stundenlöhne in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im vierten Quartal 2017 im Durchschnitt um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal gewachsen sind, waren sie in Österreich mit minus 0,6 Prozent sogar rückläufig. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und einer allgemein guten wirtschaftlichen Lage verläuft die Lohnentwicklung in den OECD-Ländern nur schleppend. Gründe dafür sind das schwächere Produktivitätswachstum und die Zunahme an Niedriglohnjobs.

**AMS.** Der neunköpfige AMS-Verwaltungsrat hat für 2019 die arbeitsmarktpolitischen Ziele für das Arbeitsmarktservice (AMS) einstimmig beschlossen. Dies teilte Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) am Mittwoch in einer Aussendung mit. Die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit soll im Fokus liegen. Der AMS-Verwaltungsrat wird vom Finanz- und Sozialministerium, der Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung besetzt.

**Flugzeugabsturz.** Auf dem Flugplatz in Vöslau – Kottlingbrunn (Bezirk Baden) ist Mittwochvormittag ein Sportflugzeug abgestürzt. Zwei Insassen kamen ums Leben. Die Männer seien massiv im stark deformierten Cockpit der inländischen Maschine eingeklemmt worden. Gegen 10.15 Uhr hatte sich das Flugzeug mit der Nase neben der Landebahn in die Wiese gebohrt, schilderte ein Feuerwehrsprecher. Die Bergung der Toten gestaltete sich schwierig. 40 Feuerwehrleute waren insgesamt im Einsatz.

**Uniko-Chefin Blimlinger, Bildungsminister Faßmann beim Uniko-Jahresempfang im Jänner: „Prinzipiell gutes Verhältnis“.**

Foto: apa/Georg Hochmuth



## Der BVT-Untersuchungsausschuss lädt 33 Zeugen

Erste Arbeitssitzung mit Zeugen findet am 4. September statt.

Opposition will Innenminister Kickl wegen mangelhafter Aktenanlieferung Rüge aussprechen.

**Wien.** 33 Auskunftspersonen, darunter auch FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, umfasst die von den Oppositionsparteien präsentierte Ladungsliste für den Untersuchungsausschuss in der Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). SPÖ, Neos und Liste Pilz beklagten zudem neuerlich, dass das Innenministerium den U-Ausschuss bei der Aktenanlieferung vorsätzlich sabotiere.

Für Donnerstag dieser Woche wurde eine sogenannte Ladungssitzung des U-Ausschusses angesetzt, bei der deshalb eine Rüge an den Innenminister und seine Beamten ausgesprochen werden soll, wie die U-Ausschuss-Fraktionsführer Jan Krainer (SPÖ), Stephanie Krisper (Neos) und Peter Pilz (Liste Pilz) am Mittwoch bei einer gemeinsamen Pressekonferenz berichteten. Hauptkritik: Das

Innenministerium habe Akten rund um die Hausdurchsuchungen und Suspendierungen im BVT mutwillig mit zu hohen Geheimhaltungsstufen klassifiziert und geschwärzt oder gar nicht erst angeliefert.

Man werde sowohl gegen die falsche Klassifizierung als auch gegen die Nichtanlieferung mit allen rechtlichen Möglichkeiten vorgehen, erklärte Krainer. Dass die mit der Hausdurchsuchung beauftragte Wiener Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßensicherheit (EGS) etwa „ohne ein Schriftstück agiert, halten wir für denkunmöglich“. Das Innenministerium müsse alle Akten liefern. „Ich gehe davon aus, dass der Innenminister sich hier eine weitere Blamage ersparen will“, sagte Krainer.

Laut Pilz besteht „der begründete Verdacht, dass der Innenmi-

nister und seine Beamten uns zustehende Akten vorsätzlich nicht liefern“. Sollte sich dieser Verdacht erhärten, werde man auch strafrechtlich gegen Innenminister Kickl vorgehen.

## Brisante Zeugenliste

Die erste Arbeitssitzung mit Zeugenladungen soll am 4. September stattfinden. Zu Beginn des U-Ausschusses werde es vor allem um die Hausdurchsuchungen bei BVT-Mitarbeitern und die Folgen der Razzien gehen. Sechs in der Ladungsliste anonymisierte Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sollen dazu in der ersten Ausschusswoche befragt werden.

In den weiteren Zeugenbefragungen, die vorerst bis Ende November anberaumt sind, sollen der Umgang mit den beschlagnahmten Daten, die Rolle der EGS, die Rolle der Staatsanwalt-

schaft und des Justizministeriums sowie das Vorgehen des Innenministeriums untersucht werden.

Auf der Ladungsliste befinden sich neben Kickl die Namen von Ministeriums-Generalsekretär Peter Goldgruber und Kabinettsmitarbeiter Udo Lett, des BVT-Leiters Peter Gridling und interimistischen Leiters Dominik Fasching, der Generaldirektorin für die Öffentliche Sicherheit Michaela Kardeis, jener des EGS-Leiters und FPÖ-Gemeinderats Wolfgang Preisler, Justizministeriums-Generalsekretär Christian Pilnacek, der Leiterin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Ilse Vrabl-Sanda, der Oberstaatsanwältin Ursula Schmudermayer und Wolfgang Handler, des für die Hausdurchsuchung zuständigen Journalrichters, des Rechtsanwalts Gabriel Lansky oder des ehemaligen BVT-Chefs Gert-René Polli. ■